

Postulat Eugster (FDP), Fankhauser (SP) und Koelbing (forum): Nach dem Terrorangriff auf Israel: Wie schützt Muri-Gümligen seine jüdische Bevölkerung präventiv vor Aggressionen?

1 TEXT

Der Gemeinderat wird beauftragt, zu prüfen,

1. wie er gedenkt, nach dem grössten Massaker an Juden seit der Shoah den jüdischen Einwohnerinnen und Einwohnern von Muri-Gümligen gegenüber seine Solidarität zu bekunden;
2. ob er gedenkt, öffentlich unmissverständliche Zeichen der Verurteilung dieser auch auf uns alle zielenden Gewalt zu setzen (mittels Symbolen, Deklarationen, Aktionen);
3. welche anderen konkreten und symbolischen Massnahmen er treffen sollte, damit sich die jüdischen sowie die gemässigten arabischstämmigen oder muslimischen Einwohnerinnen und Einwohner von Muri-Gümligen – insbesondere die Schülerinnen und Schüler - sicher und wohl fühlen und sich nicht verstecken müssen.

Begründung des Inhalts:

Nach dem Angriff der HAMAS auf Israel, der darauf zielte, ein Maximum an Juden umzubringen oder als Geiseln zu nehmen, und der seit der Shoah das grösste Massaker an Juden darstellt, steht Israel im Krieg. Dieser Angriff bildet eine weitere schreckliche Eskalation in der langen Geschichte des Nahostkonflikts. Auf Grund der gemeinsamen jüdisch-christlichen Kultur, der tiefen historischen Verschränkung und Israels Zugehörigkeit zur westlichen, freien Welt zielt dieser Angriff auf die gesamte westliche, freie Welt - also auch auf uns.

Trotz dieser eigentlich klaren Ausgangslage haben etliche Menschen in der westlichen, freien Welt Mühe, sich zu einer klaren Verurteilung der Geschehnisse durchzuringen und Israel in seiner Notwehrsituation zuzugestehen, seinen Selbstverteidigungskrieg mit allen dafür notwendigen Mitteln zu führen – selbstverständlich unter Einhaltung des humanitären Völkerrechts, welches in allen internationalen und nichtinternationalen bewaffneten Konflikten universell anwendbar ist.

Diese Menschen blenden aus, dass die HAMAS keine Befreiungsbewegung ist, sondern die Regierung in Gaza darstellt, welche ihre 2.2 Mio. Einwohner als Geiseln und Schutzschilder hält, das humanitäre Völkerrecht krass verletzt und ausser der Vernichtung Israels und der Juden sowie kein nennenswertes politisches Programm hat.

In der westlichen, freien Welt birgt dieses Nichtverurteilen und Relativieren, gepaart mit grassierenden ideologischen, rassistischen oder islamistischen Tendenzen, das Risiko, gegenüber unseren jüdischen Einwohnerinnen und Einwohnern (d h Bürgerinnen und Bürger israelitischer Glaubens oder Einwohnerinnen und Einwohner israelischer Staatsangehörigkeit) eine latent aggressive Stimmung zu schaffen. Diese latent aggressive Stimmung kann dann rasch in Gewalttaten ausarten, wie es die Geschichte leider mannigfach gezeigt hat. Diese Gewalttaten können sich auch gegen gemässigte arabischstämmige Einwohnerinnen und Einwohner oder gemässigte Einwohnerinnen und Einwohner islamischen Glaubens richten, weil sie von den Fundamentalisten als "Verräter" wahrgenommen werden. Eine solche Entwicklung müssen wir in unserem Wirkungsbereich verhindern.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Lage im Nahen Osten und in unseren Nachbarländern entwickelt sich rasch und beeinflusst die Stimmung in Muri-Gümligen zeitverzugslos.

Muri-Gümligen, den 24.10.2023

Simon Eugster
Suzanne Fankhauser
Martin Koelbing

K. Schnyder, G. Grossen, B. Gantner, H. Beck, W. Thut, Ch. Lucas, B. Häuselmann, K. Jordi, A. Zaccaria, F. Grossenbacher, H. Gashi, D. Arn, M. Gubler, B. Legler, E. Zloczower, R. Lütolf, R. Lauper, A. von Gunten, U. Grütter, B. Schmitter, R. Buff, L. Held, J. Schenk, L. Bircher, K. Künti, R. Mäder (29)

2

STELLUNGNAHME DES GEMEINDERATS

Der Gemeinderat verfolgt die Situation im Nahen Osten und ist erschüttert über die Geschehnisse. Es gibt nichts, was Terror gegen Zivilistinnen und Zivilisten rechtfertigt. Die Gedanken des Gemeinderats und seine uneingeschränkte Solidarität sind bei den betroffenen Menschen. Er ist der Auffassung, dass die Menschenrechte und -würde sowie das Völkerrecht zentrale Elemente sind. Weiter sollte humanitäre Hilfe jederzeit ermöglicht werden.

Die freie Meinungsäusserung, welche in der Schweiz gilt, hat auch ihre Grenzen. Insbesondere soll diese respektvoll und frei von Diskriminierung oder Rassismus sein.

Die Gemeinde begegnet Diskriminierung und Rassismus mit vielseitigen präventiven Massnahmen. Dazu gehört, dass die Gemeinde seit Jahren an der jährlichen Aktion "Gemeinsam gegen Rassismus" teilnimmt. Es werden einerseits mit Plakaten auf das Thema aufmerksam gemacht und Sensibilisierungsarbeit geleistet. Für die kommenden Jahre ist ein Ausbau der Aktivitäten in Planung. Die Fachstelle für Kinder- und Jugendfragen und die Schulen nehmen das Thema zudem konkret in Schulklassen auf.

Weiter führt oder unterstützt die Gemeinde direkt diverse sozialintegrative Angebote:

- Die Fachstelle für Kinder- und Jugendfragen, die viele Angebote hat (Jugendtreff, Spielnachmittage im KU Tannental, Ferienangebote etc.),

welche Menschen mit oder ohne Migrationshintergrund erreicht und verbindet.

- Das MüZe Familien- und Weiterbildungszentrum, das viele Familien mit diversen Religionshintergründen erreicht und einen wichtigen Beitrag an die Integration von Menschen leistet und von der Gemeinde wie der reformierten Kirchgemeinde mitfinanziert wird.

Die Gemeinde führt mit Anbieterinnen und Anbietern im Vorschulbereich, der Jugend, dem Alter oder im Zusammenhang mit der Kollektivunterkunft Tannental Arbeits- bzw. Austauschgruppen durch, um die gesellschaftlichen Entwicklungen zu beobachten und laufend zu prüfen, ob im Bereich Integration noch Handlungsbedarf besteht. Integration ist immer auch ein Beitrag gegen Diskriminierung und Rassismus für sämtliche Menschen, Religionen und Ethnien.

Weiter verfügt der Kanton über eine Anlaufstelle gegen Diskriminierung. Dabei handelt es sich um die Stiftung gggfon (Gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus). Bei persönlicher rassistischer Diskriminierung kann man sich an die Stiftung wenden, die Beratung und Unterstützung bietet. Die Gemeinde prüft zurzeit den Beitritt in die Stiftung, um auch dort einen Beitrag an eine wichtige Institution zu leisten. Des Weiteren kann mit gggfon geprüft werden, was in der Gemeinde zusätzlich noch unternommen werden kann. Die Bevölkerung von Muri- Gümligen kann sich bei einer Diskriminierung bereits heute an die gggfon wenden. gggfon hat dazu einen Auftrag des Kantons.

Zu den konkreten Fragen:

1. & 2. Dem Gemeinderat sind die Freiheit, Sicherheit und Unversehrtheit von allen Menschen wichtig.
Er verzichtet jedoch im Grundsatz darauf, zu internationalen Konflikten öffentlich Stellung zu beziehen. Es sind daher weder Solidaritätsbekundung noch andere öffentliche Zeichen beabsichtigt.
3. Schule:
Unmittelbar nach dem Terrorangriff wurden die Lehrpersonen wie die Schulsozialarbeitenden sensibilisiert, allfällige Fragen der Schülerinnen und Schüler aufzunehmen. Ausserdem wurden die Lehrpersonen während den Pausenaufsichten angehalten, sichtbar präsent zu sein und aufmerksam zu beobachten, ob es Veränderungen bei den Kindern im Umgang miteinander gibt. Die Schulleitungen sind diesbezüglich in engem Austausch mit den Lehrpersonen. Da sich keine Veränderungen im Umgang unter den Kindern feststellen lassen, sieht die Schule im Moment keinen weiteren Handlungsbedarf. Die Situation wird jedoch weiterhin sehr genau beobachtet und weitere Massnahmen würden, falls nötig, ergriffen.

Ruhe, Ordnung und Sicherheit:

In Absprache mit der Kantonspolizei Bern wird die Situation laufend aufmerksam überprüft und wo nötig, Massnahmen getroffen sowie das Sicherheitsdispositiv der aktuellen Situation angepasst.

3

ANTRAG DES GEMEINDERATS

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir dem Grossen Gemeinderat daher, folgenden

Beschluss

zu fassen:

Abschreibung des Postulats.

Muri bei Bern, 11. Dezember 2023

GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident Die Sekretärin

Stephan Lack Corina Bühler